

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionszeitung: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 9 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 28. Februar 1931

Neue Formen des sozialen Kampfes

Solange es soziale Gegensätze gibt, gibt es auch soziale Kämpfe. Das hat an sich mit Klassenkampf nichts zu tun. Der Handwerksmeister und Kaufmann der Vorzeit der Unternehmer, der Industrielle und Warenvertreiler der Jetztzeit hat immer das Bestreben, an den Gestehungskosten zu sparen. Der Versuch des Sparens wird stets da gemacht, wo von dem sparbetreffenden Objekt der geringste Widerstand erwartet wird. Ist also anzunehmen, daß die Lohnempfänger neben den anderen Sparexponenten wie Frachten, Steuern, soziale Verpflichtungen, Risikoanlag, Gewinn der schwächste Faktor sind, dann wird die Kostenverminderung nach der Lohnseite versucht. Anders ist das Verhältnis beim Handwerksgehilfen und industriellen Arbeiter gegenüber den für ihn in Frage kommenden sozialen Faktoren. Diese sind die von ihm beeinflussbare Gestaltung seines notwendigen Lebenshaltungsverbrauchs und die Einschränkung der darüber hinausgehenden kulturellen Bedürfnisse, sobald die Steigerung seines wirtschaftlichen Einkommens. Die Regel ist, daß die Lebenshaltung, verursacht durch die mannigfachen Umstände, schon auf einem Stand steht, von dem herunter Einschränkung nur Hunger und damit die Gefahr körperlicher Entkräftung und Krankheit nach sich zieht. Gewisse kulturelle Bedürfnisse sind gesellschafts- und zeitbedingt und heute auch bereits auf einen Stand herabgedrückt, daß ein Sparen an diesem Faktor einer geistigen Verelendung und dem Verzicht auf sittliche Mitteln in der eigenen Gesellschaftslehre gleichkommt. Es ist also nur logisch und entspricht weder gewerkschaftlichem Größenwahn noch persönlichem Ueberanspruch, wenn in der Regel vom Arbeiter der Ausgleich nach der Lohnseite hin gesucht werden muß.

Bei dem Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern um Erweiterung ihres Anteils am Ertrag des Arbeitsobjektes tritt nach dem Versuch, sich gegenseitig durch geistige Waffen zu überzeugen, sofern nicht beide Teile alles alles beim alten lassen, das wirtschaftliche Druckmittel ein. Dieses soll also das geistige Argument erhärten und den Gegner aus einer Zwangslage heraus zum Nachgeben bringen. Dabei wird je nach der weltanschaulichen Auffassung die Anwendung der Kampfsmittel von der brutalen Gedanklichkeit ausgehen können, unbekümmert um soziale Momente den eigenen Willen durchzusetzen oder — was wir für uns in Anspruch nehmen — die unsoziale Auffassung der Gegenseite durch Druck zur Umkehr zu veranlassen. Als Kampfsmittel sind von Alters her bekannt: Streik der Arbeitenden, Gegenstreik — heute genannt Aussperrung — seitens der Arbeitenden (der Unternehmer), Boykott der von den Bestreikten hergestellten oder verkauften Waren, und, wenn die Auseinandersetzung härter wird, Diffamierung, d. h. Anschwärzung im sozialen und öffentlichen Leben.

Die direkten Auswirkungen dieser Kampfsmittel für den Geuner, die Nebenwirkungen für die eigene Seite sind allen Kampfteilnehmern bekannt, werden in der Regel in Rechnung gestellt, und müssen im Hinblick auf die Erreichung des höheren Zieles in Kauf genommen werden. Die Arbeitgeber sind sich seit längerem darüber klar, daß die Kämpfe der Arbeiterschaft um einen besseren Anteil am Produktionsertrag, daß insbesondere aber auch die Sorge um eine größere Sicherung des Arbeitsplatzes, des Lebensabend und der Versorgung bei Unfall, Krankheit und Sickness, sowie um die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung Angelegenheiten sind, die nicht mit dem Nebenstehenden allein abgehandelt werden können, sondern für die starke soziale und sittliche Momente sprechen. Weiteste Kreise, auch wenn sie nicht Arbeitnehmer im gewöhnlichen Sinne des Wortes sind, Soziallogen und Volkswirtschaftler sind hier geistige Bundesgenossen des Arbeitertums. Dazu kommt die verstandesemäße Erwägung, daß eine in ihren materiellen Bedürfnissen gekürzte, um ihre sittlichen Rechte betrogene Arbeiterschaft ein schlechter Konsument und ein unsicherer Staatsbürger ist.

Gegenüber der sittlichen Idee des Arbeiterstrebens, die in der christlichen Arbeiterbewegung ihre klarste Herausstellung findet, ist mit dem brutalen Mittel der Aussperrung nichts anzufangen. Abgesehen von der Tatsache, daß es gegen dieses Mittel wirtschaftliche Vorbeugungs- und Abwehrschwächungsmöglichkeiten, auch staatliche Einschränkungsmaßnahmen (Stilllegungsverordnung, Kündigungsschutz usw.) gibt, erfährt auch im allgemeinen die Aussperrung eine Ablehnung durch die öffentliche Meinung.

In Erkenntnis dieser Tatsachen ist seit Jahrzehnten ganz bewußt und in raffinierter Weise die Umstellung der öffentlichen Meinung durch Beeinflussung der Presse versucht worden. Die geistige Analyse dieser Bestrebungen, die Verwendung aller technischen Hilfsmittel, die Ansetzung wirtschaftlicher Druckmöglichkeiten, ist ein so weitverzweigtes Kapitel, daß ihre Beleuchtung in eigenen Abhandlungen geschehen müßte.

Neuere Kampfesformen sind aus den Verhältnissen der Zeit heraus in Anwendung gebracht. Die heutige Arbeitslosigkeit hat eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Ursachen, die vom einzelnen Arbeitgeber, auch von einem Konzern oder einer Unternehmerorganisation nicht beeinflusst werden können. Daß aber das Vorhandensein der Wirtschaftskrise heute zu einem ganz großen Mittel des sozialen Druckes benützt wird, ist unbestreitbare Tatsache. Nicht jede Außerarbeitssetzung ist durch wirtschaftliche Ursachen bedingt; eine ganze Anzahl Betriebseinsparungen oder Stilllegungen gehen von bestimmten sozialen, richtiger unsozialen Erwägungen aus. Hier soll und wird dann nicht der einzelne Arbeiter, sondern die ganze Arbeiterschaft, in bestimmten Fällen auch die gewerkschaftliche Vereinigung gestraft werden. Die Außerarbeitssetzung soll persönliches Mühsamerwerden, Inanspruchnahme der Gewerkschaftsliste nach sich ziehen. Geistig soll sie die sittliche Aufrechterhaltung des einzelnen treffen, seine Gewerkschaftsfreudigkeit anstreifen und der gesamten Schicht die Unmöglichkeit des Aufstiegs unter Führung der gewerkschaftlichen Bestrebungen suggerieren.

Die soziale Gefekgebung, insbesondere die Arbeitslosenversicherung, ist von der sozialen Reaktion stets als unbequeme Wirtschaftsstütze des Arbeiters empfunden worden. Die Diffamierung dieser sozialen Einrichtungen wurde dadurch veranlaßt, daß man aus Einzelfällen der unberechtigten Inanspruchnahme verallgemeinernde Schlüsse zog, daß man von einer sittlichen Knochenweichung durch die Sozialversicherung sprach. Wenn heute Arbeiterentlassungen aus

Erkämpftes schätzt man höher wie Ererbtes

unsozialen Erwägungen vorkommen, dann kann man aber auch noch ganz bequem der Sozialeinrichtung „Arbeitslosenversicherung“ wehe tun. Die Kosten der unsozialen Entlassung müssen in der Regel mit bis zu 26 Wochen gehender Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung und nachher durch die Krisenfürsorge getragen werden. Größere, aus antisozialer Tendenz erfolgte Entlassungen wirken also schädigend auf die Massen der sozialen Versicherungsträger. Gewiß hat im letzten Jahre die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung solche Bestrebungen in ihren Zielen erschwert. Aber es ist ja auch nicht die Arbeitgeberchaft als Ganzes, sondern nur besonders brutale Kreise, die auf dem Wege übernotwendiger Inanspruchnahme die Sozialversicherung matt legen wollen, und diesen ist es bei ihren Bestrebungen gleichgültig, ob weitere Arbeitgeberkreise dadurch finanziell in Mitleidenchaft gezogen werden. Erweist sich dann immer mehr, daß die Arbeitslosenversicherung, aber auch weiter gesehen die Gesamtsozialversicherung den gestellten Anforderungen nicht gerecht werden kann, dann glaubt man

den Zeitpunkt gekommen, wo eine grundsätzliche Aenderung durchzuführen ist. Daß dieser Weg nicht bis zum Ende gangbar ist, daß es ein rohes, brutales Spiel mit dem wirtschaftlichen und geistigen Gut des Volkes ist, sei nur abschließend festgestellt.

Als die Arbeitslosenversicherung noch nicht vorhanden war, hat mancher Betrieb seine Arbeiterschaft, insbesondere die Spezialkräfte, auch über Zeiten wirtschaftlicher Depressionen hinaus durchgehalten. Neben wirtschaftlichen Erwägungen sprachen auch soziale Gefühle mit. Das innere soziale Empfinden für diesen Fall ist durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung entlastet. Es ist heute Tatsache, daß weite Wirtschaftskreise bei den kleinsten Geschäftsschwankungen unbedenklich die Bude räumen, weil man ja zur Arbeitslosenversicherung bezahlt hat und weil der soziale Notbedarf des „technischen Mitarbeiters“ durch Unterstützung befriedigt wird. Liegt hier vielleicht auch nicht die ausgesprochene Absicht zugrunde, so ist die vorstehend bezeichnete Auswirkung auf die Arbeitslosenversicherung doch mit dieser Handlung verbunden. Dazu kommt für die Volkswirtschaft die Kaufkraftschwächung der von der Arbeitslosigkeit unruhig Betroffenen.

Seit Herbst vorigen Jahres entwickelt sich von der Großindustrie aus ein gewaltiger Angriff gegen den Tarifvertrag und die tarifliche Lohnsätze. Die Teilerfolge hinsichtlich der Lohnhöhe sind bekannt. Die behauptete Wirkung, daß bei der angeblich begrenzten Höhe der Lohnsumme bei Einzellohnabbau Mehreinstellung von Arbeitern erfolgen könne, ist ausgeblieben. In einigen Monaten wird sich zahlenmäßig erweisen, daß die Theorie von der Verteilung der Lohnsumme auf eine größere Anzahl von Arbeitern ein volkswirtschaftlicher Bluff war. — Die sozialen Kämpfe der letzten Monate haben erwiesen, daß die Arbeiterschaft treu zu ihren Gewerkschaften steht. Sie haben insbesondere erwiesen, daß das Arbeitervolk soziale Fernwirkungen richtig abzuschätzen versteht und die Arbeitgeberanträge nicht nur nach persönlichen, betrieblichen oder örtlichen Auswirkungen, sondern nach den gesamtberuflichen Ausstrahlungen abschätzt. Und nun geht ein neuer Versuch vor sich, dieses edle Solidarempfinden dadurch zu treffen, daß man bei wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, die zunächst den Betrieb betreffen, nicht nur die Betriebsangehörigen, sondern alle, die ehemals dem Betrieb angehört haben, zur Entscheidung aufruft, ob Lohnregelungen so oder so erfolgen sollen. Ueber die inneren Beweggründe, die den Duisburger Oberbürgermeister Jarres veranlaßt haben, in einer Auseinandersetzung zwischen einem industriellen Großunternehmen und seiner Arbeiterschaft den Kreis der Abstimmungsberechtigten willkürlich zu erweitern, kann und soll zunächst kein Werturteil gefällt werden. Es ist auch — prinzipiell gesehen — belanglos, daß die beabsichtigte Wirkung nicht erfolgt ist. Soviel ist aber sicher, daß die Anwendung dieses Prinzips zu ganz ungeahnten Weiterungen führen kann. Auch zu Weiterungen, die zu dem genauen Gegenteil dessen führen können, was man in diesem Einzelfall beabsichtigt. Kostau ist bestimmt erfreut!

Es wäre leichtfertig, wollte man die Bestrebungen der Arbeitgeberchaft auf wirtschaftliche Entlastung nur allein auf soziale Borniertheit zurückzuführen. Es ist aber ebenso unverkennbar, daß auf Arbeitgeberseite immer noch der eingangs erwähnte Gedanke besteht, die wirtschaftliche Entlastung nur nach der sozialen Seite, der Lohnseite hin zu versuchen. An den wirtschaftlichen Auswirkungen der Rationalisierung wurde die Arbeiterschaft ungenügend beteiligt. Dem Unternehmereinwand, daß sie auch die Kosten der Rationalisierung allein getragen hätten, ist entgegenzuhalten, daß die sozialen Kosten, d. h. die durch Rationalisierung erfolgte Außerarbeitssetzung Tausender von Arbeitern so gut wie ausschließlich von der Arbeiterschaft als Gesamtheit allein getragen werden muß. Die sozialen Auseinandersetzungen vollziehen sich zur Zeit wieder ganz stark unter der unausgesprochenen Devise: Freiheit nach der sozialen Seite hin, Ablehnung des Gedankens der gerechten Mitbeteiligung des Arbeiters am Arbeitsertrag.

Diese Tatlagen, die zunächst verbitternd wirken können, müssen in einem geklärten Lichte gesehen werden. Die antisozialen Bestrebungen dieser Art entspringen einem Geiste, der von Verantwortlichkeit gegenüber der Allgemeinheit, von Verantwortlichkeit gegenüber dem Mitarbeiter im Betriebe, von Verantwortlichkeit gegenüber dessen sozialen Anhang, von auch nur bescheidenstem Anhauch eines Denkens aus christlichen Grundzügen keinen Anflug hat. Solche Bestrebungen lassen sich mit dem brutalen Gegenmittel allein nicht bekämpfen. Ihnen ist auf die Dauer nur beizukommen, wenn eine Erneuerung der Gesinnung im Geiste christlicher Verantwortung das gesamte Gesellschaftsleben durchzieht. Wir zu unserm Teil wollen durch Stärkung unserer christlichen Arbeiterbewegung dazu beitragen.

Die vorgeschilderten Kampfesformen vollziehen sich in einem großen Teil in den industriellen Großbetrieben. Vor Jahrzehnten war es das Schicksal der Industriearbeiterschaft, aus geistig ungleichen Elementen zusammengesetzt zu werden, und einem einheitlichen Unternehmervillen gegenüber ungewaffnet dazustehen. Das hat sich wenigstens teilweise geändert. Im Gegensatz hierzu konnte in den handwerklichen Berufen bei der durch die Handwerks-erziehung erzielten inneren Gleichartigkeit der einzelnen Arbeiter der solidarische Einfluß sich schneller durchsetzen.

Ein beträchtlicher Teil der sozialen Auseinandersetzung wird sich in der Großindustrie vollziehen. Möge es der Arbeiterschaft in dieser Industrie unter einer klarierten Führung gelingen, durch wirtschaftliche und sittliche Macht die Gegenseite zur Besinnung zu bringen. Nicht nur Exportvermehrung, auch nicht allein Hebung des inneren Absatzmarktes, sondern auch Gewinnsumstellung wird notwendig sein, um die Wirtschaftskrise zu beizugehen, die sozialen Auseinandersetzungen zu mildern und die Gefahren gegenseitigen Abkämpfens mit politischen Auswirkungen abzuwenden.

Die Bautätigkeit im Jahre 1930

Die Häuser werden größer, die Wohnungen kleiner.

Eine in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichte Untersuchung über den Wohnungsban in den deutschen Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern zeigt, daß im Jahre 1930 insgesamt 197 000 Wohnungen fertiggestellt wurden gegenüber 195 000 im Jahre 1929. Bei den einzelnen Städten machen sich erhebliche Unterschiede in der Bautätigkeit bemerkbar. In Berlin wurde mit 49 900 Wohnungen fast das Doppelte des Vorjahres erreicht. Hamburg weist mit 16 420 Neinzugang an Wohnungen ebenfalls eine Steigerung auf. Auch eine Reihe Städte, wie Bremen, Dortmund, Stuttgart, verzeichnen eine erhebliche Mehrleistung gegenüber dem Vorjahre, während Augsburg, Dresden usw. einen Rückgang haben. Dresden hatte beispielsweise 1929 einen Neinzugang von 5600 Wohnungen, 1930 betrug der Neinzugang nur 3000 Wohnungen. In 49 Großstädten stellte sich der Neinzugang auf 140 271 gegenüber nur 118 167 im Jahre vorher; die Klein- und Mittelstädte sind somit leistungsfähiger.

Die in den letzten Jahren wahrgenommene Tendenz des Ueberganges vom kleineren Haus zu größeren Wohnhäusern hat leider auch im vergangenen Jahr zugenommen, wie man das aus der Durchschnittszahl der in einem Wohngebäude enthaltenen Wohnungen ersehen kann: 1920 = 3,5; 1922 = 2,8; 1927 = 2,9; 1930 = 4,9. Von 1922 ab ist somit die Zahl der in einem Neubau enthaltenen Wohnungen ständig gestiegen. Waren 1922 durchschnittlich nur 2,3 Wohnungen in einem Wohngebäude so waren es 1930 4,9. Mit dieser Entwicklung zum Wohngebäude mit vielen Wohnungen ging auch Hand in Hand die Verringerung der Wohnungsgröße nach der Zahl der Räume. Der Anteil der kleineren Wohnungen hat in den letzten Jahren ebenfalls ständig zugenommen, die Zahl der Mittelwohnungen, die 4-6 Wohnräume enthalten, dagegen entsprechend abgenommen. Dabei ist die Abnahme der Anzahl der einzelnen Wohnung beträchtlich nicht erfolgt. In der Verringerung in der Zahl der Wohnräume kommt also noch die Verringerung der Ausstattungen je Wohnung zum Ausdruck. Aus öffentlichen Mitteln wurden 1930 in den Erhebungsgemeinden von den durch Neubau in Wohngebäuden geschaffenen Wohnungen 91,5 v. H. (im Jahre 1929 80,3 v. H.) errichtet. Dem Zugang von 162 000 Neuwohnungen in den deutschen Groß- und Mittelstädten steht ein nicht unerheblicher Abgang von 5200 Wohnungen gegenüber, der sich durch Umbau, Brand und Abbruch ergibt. Zahlreich ist hinsichtlich des Abganges Hamburg mit 76 Wohnungen weitestgehend über dem viermal größeren Berlin, das nur 62 Wohnungen verloren hat. Im Großraum Köln ist mit 386 Wohnungen der Neinzugang mit einem Abgang von 25 Wohnungen, Essen mit 22 Köln mit 181 und Mainz mit 171 Wohnungen. Die Zahlen des Wohnungsabganges gemessen jeweils ein Teil der Sanierung von Altbau und damit eines wohnungsreformatorischen Fortschrittes.

Haupttarifamt für stadtgewerbliche Arbeiten

In der am 13. und 14. Februar stattgefundenen dritten Sitzung des Haupttarifamtes für stadtgewerbliche Arbeiten waren drei Streitfälle zu erledigen.

Auf den Antrag betreffs Bildung des Bezirkstarifvertrages für Oberschlesien ging Beschluß dahin, von einer weiteren Beratung sowie von einer Entscheidung zum Rahmentarifvertrag wie zur Lohnregelung zunächst abzusehen. Falls bezüglich keine Einigung erfolgt, wird es den Parteien überlassen, weitere Verhandlung nach dem 31. März erneut zu beantragen.

Die Entscheidung des Tarifamtes Berlin vom 14. Oktober 1930 hinsichtlich Zuständigkeit des Tarifamtes nach § 12 Ziffer 2 RTB wird aufgehoben, weil die Tarifämter zur Entscheidung von Einzelstreiten nicht zuständig sind.

Der Antrag auf Bildung des Bezirkstarifvertrages für Westfalen-Nord/Rhein-Lippe wird unter Bezugnahme auf eine Entscheidung des Tarifamtes Bielefeld in folgenden Punkten abgeändert: In Ziffer 1 wird im dritten Absatz zwischen den Worten: „Edelputz“ und „gilt“ eingefügt: „einschließlich Unterputz“. Im Schlusssatz derselben Ziffer werden die Worte: „einer Drahtspannung“ ersetzt durch die Worte: „eines Stangenetzes“. Der letzte Absatz in Ziffer 2 „wird im Lohn- und Tarifvertrag“ „Geltung haben“ fällt fort. Die Lehrlingsentschädigung beträgt im Verhältnis zum Facharbeiterlohn:

- im 1. Halbjahr 15 % im 4. Halbjahr 30 %
- im 2. Halbjahr 20 % im 5. Halbjahr 40 %
- im 3. Halbjahr 25 % im 6. Halbjahr 45 %

Im übrigen wird der Spruch des Tarifamtes Bielefeld bestätigt.

Die Unfallversicherung im Jahre 1929

Die Zahl der Träger der deutschen gesetzlichen Unfallversicherung hat sich im Jahre 1929 wiederum nur unerheblich geändert; es waren wie im Vorjahre 66 gewerbliche Berufsgenossenschaften und 14 Zweiganstalten, 40 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften sowie 527 Ausführendenbetriebe tätig. Einschließlich der Sektionen belief sich die Gesamtzahl der Versicherungsträger auf 1434 gegen 1422 im Jahre 1928.

Die Zahl der bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften verletzten Betriebe ist um 120 311 (12,6 v. H.) auf 1 077 191 die der Vollarbeiter um 169 157 (1,6 v. H.) auf 10,8 Millionen gestiegen.

Die knappschaftliche Berufsgenossenschaft weist bereits seit einigen Jahren einen ständigen Rückgang in der Zahl der Betriebe auf. In der Textilindustrie wurde trotz der Abnahme der Zahl von 1927 noch überschritten. Bei denjenigen Betrieben, die von der Ausdehnung der Unfallversicherung nur wenig betroffen wurden, ist die Zahl der Vollarbeiter infolge des wirtschaftlichen Niederganges fast ausnahmslos gesunken.

Nach Abzug der Doppelversicherten stellte sich also die Versicherungszahl in der Unfallversicherung auf etwa 24,0 Millionen gegen 23,3 Millionen im Jahre 1928.

Im Berichtsjahr wurden — ohne Berufskrankheiten — 165 896 Unfälle erstmalig entschädigt, 3,8 v. H. mehr als im Vorjahre (159 886). Von 1927 auf 1928 hatte die Steigerung 17,6 v. H. betragen. Im Verhältnis zum Versicherungsbestand ist ein Rückgang der Unfallzahlen eingetreten, an der nur die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nicht teilnahmen. Die Unfälle verließen im allgemeinen günstiger als im Vorjahre; trotz der größeren Zahlen der erstmalig entschädigten Unfälle überhaupt war die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang geringer als 1928.

Die Zahl der rentenberechtigten Verletzten ist von 1928 auf 1929 um 43 745 (5,5 v. H.) auf 835 713, die der Hinterbliebenen um 3862 (2,1 v. H.) auf 189 580 gestiegen. Die Zunahme war absolut und verhältnismäßig geringer als von 1927 auf 1928. Insgesamt liefen im Jahre 1929 1 025 293 Unfallrenten gegen 977 696 im Vorjahre.

Die Gesamtausgaben der Unfallversicherung betragen 419,7 Millionen RM., d. h. 33,3 Millionen RM. oder 8,8 v. H. mehr als 1928. Den Hauptteil der Ausgaben machten mit 340,9 Millionen RM. die Entschädigungsleistungen und unter diesen wiederum die Rentenauszahlungen aus. Die eigentlichen Verwaltungskosten beanspruchten 10,1 v. H. der Gesamtausgaben gegen 10,4 v. H. im Vorjahre.

Die Einnahmen der Unfallversicherung stellten sich — einschließlich derjenigen Beträge, die den Ausführendenbetriebe zur Bezahlung ihrer Ausgaben aus den Haushaltsmitteln überwiesen wurden — auf 429,9 Millionen RM. gegen 325,9 Millionen RM. im Vorjahre. Sie waren um 8,6 v. H. größer wie im Vorjahre und sind also fast in demselben Verhältnis wie die Ausgaben gestiegen.

Der Vermögen der Unfallversicherung betrug Ende 1929 314,7 Millionen RM.; es war um 19,2 Millionen RM. oder um 6,5 v. H. höher als am Schlusse des Vorjahres.

Im Jahre 1930 dürften nach überschlägiger Berechnung des Reichsversicherungsamtes die Gesamtausgaben der Unfallversicherung etwa 430 Millionen RM. betragen haben.

Rechtsschutzarbeit unseres Verbandes im Jahre 1930

Die Rechtsschutzarbeit unserer Bezirksleiter und Lokalbeamten war im Jahre 1930 außerordentlich umfangreich. Durch die ungeheure Not, in der sich die Arbeiterschaft infolge der Wirtschaftskrise befindet, wird und muß die Gewerkschaft Helfer in allen Nöten sein.

Gegenüber den Vorjahren ist denn auch eine starke Zunahme in den einzelnen Zweigen der Rechtsschutzerteilung zu verzeichnen.

Art und Umfang des Rechtsschutzes in 58 berichtenden Sekretariaten zeigt folgendes Bild:

	aus- schie- ßend	schlie- ßend	Termine
1. Arbeitsvertrag	9 969	4 713	2 704
2. Betriebsrätewesen	1 497	564	213
3. Krankenversicherung	3 327	1 066	156
4. Unfallversicherung	196	724	200
5. Invalidenversicherung	1 206	479	150
6. Knappschaftsversicherung	23	26	2
7. Angestelltenversicherung	74	28	1
8. Militärversorgung	264	90	23
9. Kriegs- u. Befahrungsschäden	30	9	4
10. Erwerbslosenfürsorge	11 025	3 751	1 834
11. Fürsorgepflichtverordnung	2 902	1 600	141
12. Steuerfachen, Mietsstreitigkeiten, Sonstiges	7 210	4 093	317
Zusammen:	37 723	17 143	5 844

Im Vorjahre 30 571 | 12 001 | 4 559
 Mehr gegenüber dem Vorjahre 17 152 | 5 142 | 1 285
 Es endeten mit vollem Erfolg 6 587
 „ „ mit teilweise Erfolg 2 702
 „ „ ohne Erfolg 899

Der gemeldete Barerfolg betrug RM. 442 355,09; 100 000 RM. mehr wie im Vorjahre.

Der Barerfolg erscheint, gemessen an der ungeheuren Arbeit, gering. Hierbei muß jedoch berücksichtigt werden, daß längst nicht alle erzielten Beträge gemeldet werden.

Eine stille, leghensreiche Kleinarbeit für unsere Mitglieder spricht aus den vorstehenden Zahlen. Ohne Organisation wäre wohl den meisten Rechtsschutzsuchenden kein Erfolg beschieden gewesen.

Ein neuer Versuch zur Fortführung der Reichstarifverhandlungen für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten

Die baugewerblichen Arbeitgeberverbände haben am 26. Februar die Reichstarifverhandlungen mit einer Begründung abgebrochen, für die sie auch bei bester Vertretung in einsichtigen Kreisen kein Verständnis finden werden. Da arbeitserseits für die gewünschte beschleunigte Regelung der Lohnfragen die grundsätzliche Klärung der strittigen Reichstariffragen verlangt wurde, und für dieses Verlangen alle Zweckmäßigkeitsgründe sprechen, konnte unsererseits mit gutem Gewissen vertreten werden, daß eine moralische Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen bei uns nicht gesucht werden konnte. Wie weit Behörden und andere maßgebende Kreise sich zu der Begründung der Arbeitgeberseite stellen, ist bis jetzt nicht bekannt geworden.

Herr Arbeitsgerichtsdirektor Dr. Sundfeld-Hamburg, unparteiisches Mitglied im Haupttarifamt des jetzigen Vertrages, hat nun von sich aus die Vertreter der Vertragsparteien zu einer unverbindlichen Aussprache geladen, um für die Fortführung der Verhandlungen zu sondieren. Nach eingehender Aussprache hat Dr. Sundfeld vorgeschlagen, die Reichstarifverhandlungen am Dienstag, den 24. Februar, erneut aufzunehmen und mit allem Eifer an einer möglichstst Erledigung im Verlauf der Woche zu arbeiten. In der ersten Märzwoche sollen dann bezirkliche Lohnverhandlungen stattfinden. Ueber Einzelheiten — ob also die bezirklichen Tarifämter tätig sein sollen oder andere Stellen und welche Auswirkungen diese Schiedsprüche haben sollten — ist noch nichts vereinbart. Dies soll bei den Reichstarifverhandlungen besprochen werden.

Ob die vorgezeichneten Verhandlungen nunmehr zu einem besseren Ergebnis führen, wird wesentlich von der Einsicht der Arbeitgeberorganisation abhängen.

Allgemeine Rundschau

Die deutschen Baugenossenschaften

Wie der Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften in dem von ihm soeben herausgegebenen Deutschen Bauvereinstatender mitteilt, befaßten Anfang 1930 in Deutschland 17 Revisionsverbände mit 3026 gemeinnützigen Bauvereinigungen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung um 78 Vereinigungen. Die Zahl der Mitglieder betrug 768 000 das sind rund 84 000 mehr als im Vorjahre. Mehr als drei Viertel Millionen Familien beteiligten sich demnach in Deutschland an der Baugenossenschaftsbewegung. In Betriebskapital verfügten die deutschen Baugenossenschaften Anfang 1930 über insgesamt 3,5 Milliarden, d. h. über eine Milliarde

mehr als Anfang 1929. Davon waren Eigenkapital einschließlich der Rücklagen und Gewinne über 400 Millionen Mark. Fremdes Kapital 3,1 Milliarden Mark. Das Fremdkapital bestand zu 2,5 Milliarden Mark aus Hypotheken. Die Zahl der bis Anfang 1929 erstellten Wohnungen betrug 434 568. Im Jahre 1929 wurden 80 463 Wohnungen erstellt, 39 426 Wohnungen befanden sich 1929 noch im Bau.

Am 6. Dezember 1930 wurde als neuer Revisionsverband der den Christlichen Gewerkschaften nahestehende Reichsbauingenieurverband Deutscher Heimbau e. V. gegründet.

Aus dem Verbandsleben

Tüftlingerode. Auch wir konnten um die Jahreswende eine Anzahl von Verbandsjubilaren begrüßen. In der zu diesem Zweck veranstalteten Feier hielt Kollege Bucherpfennig-Duderstadt eine entsprechende Ansprache und überreichte den Jubilaren die Diplome und Silbernadeln mit Glückwünschen des Hauptvorstandes. Verbandsjubilare sind: Philipp Werner, Karl Dotzieden, Karl Zwillingmann, Hermann Zwillingmann, Adolf Kollé, Karl Daume, August Werner.

Bezirk Berlin. Die im Januar in der südlichen und nördlichen Grenzmark stattgefundenen Versammlungen wiesen durch sehr guten Besuch ein reges Interesse der Kollegenchaft aus. In den Orten Trebitz, Schwärz, Warthe, Blesen, Jordan, Kalau, Meletitz, Britzsch und Schwiebus sprach Bezirksleiter Kollege Herrmann über die allgemeine Lage und Aufgaben, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung hieraus erwachsen. Er beleuchtete hierbei die Maßnahmen der Regierung und ihre Auswirkung auf die Arbeit-

Am 28. Februar 1931 ist der neunte Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

tertschaft. Wenn die Arbeiterschaft heute gewaltige Opfer zu bringen hat, so darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß die jetzige Regierung versucht, das wieder gut zu machen, was man jahrelang, teils auch unter sozialistischer Herrschaft, vernachlässigt hat. Wenn wir die Regierung auch nicht in Schutz zu nehmen haben, so gebietet doch die Gerechtigkeit, ihre Taten nach den Zeitverhältnissen zu werten und nicht, wie es die Sozialisten tun, sie in Grund und Boden zu verdammen, ohne Besseres leisten zu können. Beweis: Müller-Wissel. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat in letzter Zeit in der Öffentlichkeit viel an Einfluß und Achtung gewonnen. Sorgen wir alle dafür, daß sie auch weiterhin durch unfer aller Mitarbeit zum Wohle der gesamten deutschen Arbeiterschaft wirken kann.

In der Versammlung in Neuzelle, die fast restlos von allen Kollegen besucht war, sprach Bezirksleiter Kollege Weber über obengenanntes Thema. In den einzelnen Orten der nördlichen Grenzmark in Prenzlaun, Förstenaun und Stegers hielt Kollege Weber Lichtbildervorträge über „Grenzmark-Posen-Westpreußen“. Er betonte hierbei daß die Christlichen Gewerkschaften einen nationalen Charakter haben. Ihre nationale Gefinnung entspringt der Liebe zum Volke und zur Heimat. Es gehört daher auch zu ihrer selbstverständlichen Pflicht, den nationalen Gedanken in den Mitgliederkreisen immer mehr zu vertiefen. In Bild und

Wort wurde die brutale Trennung Ostpreußens vom Mutterlande gezeigt. Die Grenzziehung und die willkürliche Zerstückelung des deutschen Landes hat die Bevölkerung der Ostmark verarmt, fast ihr ganzes Wirtschaftsleben zum Erliegen gebracht. Die Grenzmärker und nicht zuletzt die Arbeiterschaft sind sich der nationalen Aufgabe bewußt, die sie zu erfüllen haben. Sie wissen aber auch, daß eine Lösung nur mit Unterstützung der übrigen deutschen Volksgenossen in wahrer Volksgemeinschaft möglich ist.

Glogau. Unsere Verwaltungsstelle konnte mit Beginn dieses Jahres auch einen Gewerkschaftsjubilär ehren. Es ist dies der Kollege Josef Schröder. Während seiner langjährigen Mitgliedschaft hat er stets vorbildlich die Interessen des Verbandes gewahrt.

Berten-Disteln. Am 13. Januar fand die Jahresversammlung unserer Ortsgruppe statt, die von allen Mitgliedern besucht war. Kassierer Troska gab einen ausführlichen Jahresbericht bzw. Kassenbericht. Die Durchschnittszahl der Mitglieder des letzten Jahres betrug 45. Trotz der schlechten Wirtschaftslage waren die Kassenverhältnisse zufriedenstellend. Die Vorstandswahl erbrachte als 1. Vorsitzenden Hans Krüppingen, als 1. Kassierer Josef Troska. Kollege Artmann (Kettlinghausen) sprach noch über die augenblickliche Wirtschaftslage und die kommenden Lohnverhandlungen im Baugewerbe und ermahnte die Kollegen, auch im neuen Jahre für die Organisation einzutreten.

Königsberg Br. In der am 30. Januar 1931 stattgefundenen Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle wurde zum 1. Vorsitzenden Eduard Liedmann, zum 1. Kassierer Karl Wischus gewählt.

Berlin. Unter zahlreicher Beteiligung fand am 30. Januar unsere Generalversammlung statt. Aus dem von Kollegen Weber erstatteten Jahresbericht sei folgendes Allgemeinwissenwerte wiedergegeben: Die Wirtschaftslage im allgemeinen und im Baugewerbe im besonderen zeigte einen ungeliebten Tiefstand. Während im Jahre 1927 der städtische Haushalt der Hochbauverwaltung eine Summe von 52,3 Millionen Mark aufwies, wurde im Jahre 1930 diese Summe auf 29,1 Millionen Mark gekürzt. Hinzu kommt nun noch das Fehlen der Bauaufträge der öffentlichen Körperschaften von Industrie, Handel und Gewerbe. Wenn im Jahre 1929 durchschnittlich mehr wie 90 Prozent der Bauarbeiter beschäftigt waren, so waren selbst im Hochsommer 1930 kaum über 60 Prozent in Arbeit. Auch für das laufende Jahr sind die Aussichten für den Baumarkt äußerst trübselig. Aus dem Sonderprogramm der Reichsregierung mit rund 40 000 Kleinwohnungen erhält Berlin nur einen kleinen Bruchteil. Auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifbewegung ist es trotz der stärksten Anstrengungen der Arbeitgeber gelungen, den Lohn in alter Höhe zu halten. Neu abgeschlossen wurde der Notiertarifvertrag. Die Verwaltungsstelle Berlin ist an allen Bezirks-, Akord- und Spezialtarifverträgen beteiligt. — Die Mitgliederzahl hat gegenüber dem Vorjahre eine sehr gute Steigerung aufzuweisen. Trotz der großen Arbeitslosigkeit konnte sie über 20 Prozent erhöht werden. Dem entsprechend günstig ist auch der Kassenbericht der Haupt- und Lokalkasse. Die Summen, die für Unterstützung ausgegeben wurden, betragen über 20 Prozent der Gesamteinnahme. — Neben den regulären Verbandsunterstützungen hat die Verwaltungsstelle den ausgeteerten und überaus lange arbeitslosen Mitgliedern eine besondere Weihnachtsbeihilfe gewährt. Die Mittel hierfür wurden durch freiwillige Sonderbeiträge der arbeitenden Mitglieder aufgebracht. — Die Rechtsuchttätigkeit findet in rund 767 Auskünften, 399 Schriftsätzen und 140 Terminen ihren Ausdruck. Der Barerfolg beträgt 6449,77 M. Nicht enthalten sind hierin die Beträge der Steuerrückzahlung und die durch persönliche und telefonische Fühlungnahme erzielten Beträge. Zur Ausbildung der Lehrlinge wurde ein besonderer Fachkursus an acht Abenden abgehalten. Bei Abfassung, Auslegung und Einhaltung der Lehrverträge konnte der Verband wiederholt tätig sein. Klagen vor dem Arbeitsgericht, Innungschiedsgericht usw. endeten in der Mehrzahl zum Vorteil der Lehrlinge. Besondere Kurse über Sozialversicherung und Arbeitsrecht und Vorträge in den Versammlungen wirkten für Vertiefung der Allgemeinbildung für den Aufbau der Jugendgruppe. In der Vorstandswahl wurden gewählt: Kollege Paul Segoll zum 1. Vorsitzenden Kollege Ewald Weber zum 1. Kassierer. Die zur Bildung der Tarifkommission und rationaler Bürozeit gestellten Anträge wurden mit überwiegender Mehrheit angenommen. Ein anerkennendes Schlusswort des Bezirksleiters forderte zur weiteren Mitarbeit auf.

Rheinhausen. Am 31. Januar hielt unsere Ortsgruppe die Generalversammlung ab. Kollege Horst gab den Ortsgruppenbericht. Wir erzielten eine Zunahme der Mitglieder um 8, Neuaufnahmen 15. Erwerbslose hatten wir durchschnittlich 60 Prozent. Kollege Peil gab den Bericht der Verwaltungsstelle und einen Bericht über die augenblickliche Kollage im Baugewerbe. Die darauffolgenden Vorstandswahlen erbrachten als 1. Vorsitzenden und Hauptkassierer den Kollegen Jakob Horst, als Ortsgruppenkassierer Kollegen Hirschfeld. R. G.

Köln. Am 1. Februar fand unsere Verwaltungsstellen-Generalversammlung statt. Der gute Besuch zeugt für das feste Vertrauen zur eigenen gewerkschaftlichen Kraft. Aus dem von Kollegen Pückerotz erstatteten Geschäftsbericht sei nachstehendes wiedergegeben:

Nach dem Bericht des Landesamtes Rheinland betrug in den Sommermonaten die Zahl der arbeit-

Bauschaffarbeiter	Bauhilfsarbeiter
im April 23 010	im April 23 796
im Juli 25 283	im Juli 25 333
im September 27 481	im September 26 940

In der Verwaltungsstelle Köln waren in den Sommermonaten durchschnittlich 45 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Sämtliche Lohnsätze für das Baugewerbe wurden

25 Jahre hauptamtlich im Dienste des Verbandes

In den Jahren zwischen 1903 und 1908 hat unser Verband den größten Teil seiner heute noch geltenden organisatorischen Gestaltung erfahren. Die Männer, die schon damals wesentlich mitwirkten, kommen nun langsam in das Zeitalter der 25jährigen, aber nicht nach dem Lebensalter, sondern nach der gewerkschaftlichen Arbeitstätigkeit. So können wir im Februar und März dieses Jahres wiederum drei Jubiläen von dienst-erprobten Verbandsführern begehen.

Am 6. Februar waren es 25 Jahre, seit der Kollege

August Schönckas

vom Verbandsvorstand hauptamtlich mit der Führung des Bezirkes Königsberg betraut wurde. Kollege Schönckas, ein Kind des Eichsfeldes, von Beruf Maurer, kam nach bewährter ehrenamtlicher Tätigkeit aus der Verwaltungsstelle Braunschweig. In Ostpreußen galt es, den Verband in einen festen Rahmen zu stellen, die Lohn- und Tarifgestaltung systematisch zu führen und dem Treiben unserer Gegner von Arbeitgeber- wie Genossenseite einen starken Wall entgegenzustellen. Die hierin liegenden Aufgaben sind von Kollegen Schönckas in seiner bis zum Jahre 1920 in Ostpreußen währenden Tätigkeit restlos gelöst worden. Das Vertrauen der gesamten christlichen Arbeiterschaft Königsbergs stellte ihn bald auf den Posten eines Stadtverordneten. Seine Berufung an die Hauptgeschäftsstelle des Verbandes wurde nicht nur von unserer eigenen Kollegenchaft, sondern von allen Gliederungen des Gesamtverbandes und des DGB herzlich bedauert. Hatte doch Kollege Schönckas neben der Anerkennung seines eigenen Berufsverbandes auch der Gesamtbewegung als Kartellvorsitzender in Königsberg und Ostpreußen Ansehen bei Behörden und der breiteren Öffentlichkeit verschafft.

Die Inflationszeiten haben ein Auswirken auf dem vorerwähnten Posten zwar verhindert, dafür aber hat Kollege Schönckas im Auftrage des Verbandsvorstandes dann unteren Bau- und gewerkschaftlichen wertvolle Dienste geleistet. Seit 1928 ist er Vorstand der Unter-Mitgliederbeiräte des Verbandes, daneben Schriftführer im Hauptvorstand. In der ihm an Herz gewachsenen Genossenschaftsbewegung bekleidet er ehrenamtlich den Posten des Geschäftsführers des Reichsverbandes Deutscher Bau- und gewerkschaftlichen Genossenschaften.

Fridolin Heurich

hat seine Wiege im Fuldaer Land. Er war als Maurer in Gelsenkirchen tätig und blug dort gegen Gegner, aber auch notfalls gegen Querulanten im eigenen Lager eine herbe Rille. Als fliegender Agitator wirkte er ab Nachsommer

1905 am Niederrhein in Oberhausen und Krefeld. Ab 1. März 1906 wurde er hauptamtlich nach Mülhausen im Elsaß berufen. Auf diesem Schnittpunkt dreier Staaten mit einer von den staats- und parteipolitischen Strömungen ausgewählten Arbeiterschaft gelang es ihm, seinem Verband feste Grundlagen zu geben. Seine weitere Tätigkeit galt dann dem ganzen Elsaß und den Oberbadiischen Gebieten. 1911 wurde sein Geschäftssitz nach Freiburg i. Br. verlegt und ihm die Bezirksleitung für ganz Baden und das Elsaß übertragen. 1923 wurde die Landeshauptstadt Karlsruhe zum Bezirkssitz bestimmt. Kollege Heurich ist als guter Volksredner mit der Gabe der gutempfundnen Wiedergabe des vollklichen Denkens geschätzt. Im Anschluß an die Mitgliedschaft der verfassunggebenden Badischen Nationalversammlung ist er auch heute noch Mitglied des Badischen Landtages. In diesem ist er Bericht-erstatte für den Etat des Staatsministeriums und für den Sozialetat. Im Landesarbeitsamt Südwestdeutschland und im Arbeitsamt Karlsruhe wirkt er als geschäftsführendes Mitglied. Dem Landestartell der Christlichen Gewerkschaften Badens steht er seit Jahren als dessen Vorsitzender vor.

Bonifaz Müller

Der Jubilär entstammt dem Eichsfeld und war nach erfolgter Lehrzeit als Maurer im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet tätig. Bottrop und Kettlinghausen waren die ehrenamtlichen Vor- schulen, von denen aus er ab 1. März 1906 zur hauptamtlichen Tätigkeit in der Verwaltungsstelle Gelsenkirchen berufen wurde. Ab 1. Juli 1908 wurde ihm vom Hauptvorstand die Leitung des Bezirkes Münster i. W. übertragen. In den folgenden 23 Jahren hat er den Bezirk in jeder Beziehung auf eine Höhe gebracht, die Führer und Geführte ehrt. Das Vertrauen der Behörden rief ihn in den Schlichtungsausschuß, den Wasser- strakenbeirat und das Arbeitsamt Münster. Der Deutsche Gewerkschaftsbund am Ort wählte ihn zu keinem Vorsitzenden. Seine politischen Freunde wählten ihn 1919 zum Stadtverordneten und 1922 zum unbedenkten Stadtrat in Münster. Im Februar 1921 gründete er die Bauproduktions-Genossenschaft Münster und war im Vorstand und Aufsichtsrat tätig. Unter der Last seiner vielen Arbeit hat keine Gesundheit gelitten. Er mußte deshalb viele Semester im Laufe der letzten Zeit niederlegen. Mit dem 25 jährigen Jubiläum soll auf ärztliches Anraten auch zunächst die haupt- amtliche Tätigkeit im Verband für Kollegen Müller unterbrochen werden.

Allen drei Jubilaren auch an dieser Stelle die besten Glückwünsche. Gesundheit ist die Voraussetzung für Schaffenskraft. Schaffensfreude ist vorhanden.

Arbeitgeberseite gekündigt und ein Lohnabbau von 12 bis 17 Prozent beantragt. Die Tarifinstanzen haben im großen und ganzen die bestehenden Lohnsätze bis 31. März 1931 verlängert.

Die Agitation wurde durch die Arbeitslosigkeit beeinträchtigt. Neuaufnahmen und Uebertritte erfolgten 799. Durch den Tod haben wir 12 Kollegen verloren.

Die täglich erteilten Rechtsauskünfte sind zahlenmäßig nicht alle zu erfassen. An Schriftsätzen wurden angefertigt 680 Stück. Davon bezogen sich auf arbeitsrechtliche Sachen 325 Stück, auf sozialrechtliche Ansprüche 180 Stück, auf Angelegenheiten verschiedener Art 175 Stück.

Die informierende und bildende Arbeit erfolgte in 419 Versammlungen; die Durchführung der Verwaltungsarbeit in 99 Sitzungen der Vorstände und Vertrauensmänner. — Der schriftliche Verkehr ist aus 624 Postfachenausgängen und ähnlich hohen Eingängen zu ersehen. — Von 1183 Arbeitnehmenden wurden 983 in Arbeit vermittelt.

Hinsichtlich der Bauaussichten wirken sich auch bei uns die Einschränkungen aus Hauszinssteuermitteln in gleicher Weise wie anderwärts aus. Infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage und der Fehlinvestitionen in der Industrie wird dieselbe in diesem Jahr stark zurückhaltend sein, ebenso die Kommune infolge ihrer schlechten finanziellen Lage. Ob die Reichspost und Eisenbahn größere Aufträge an das Baugewerbe gelangen lassen, ist z. Z. noch nicht zu übersehen. Die Bautätigkeit wird wahrscheinlich im Jahre 1931 hinter der vom Jahre 1930 zurückbleiben.

Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt; an Stelle der beiden verstorbenen Vorstandsmitglieder Ansbur und Widus wurden die beiden Kollegen Engel, Martin und Müller, Otto gewählt.

Die Aussprache zeigte den einheitlichen Willen, trotz wirtschaftlicher Krise an unseren Zielen in bewährter Weise weiterzuarbeiten. Neben Hebung des Reallohnes, der eine dem Kulturstand des Volkes entsprechende Lebenshaltung ermöglicht, brauchen wir Verbesserung der Arbeiterversicherung und Arbeiterjugendgesetze, die heute mehr als je bedroht sind.

Leistungen. Am 1. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege M u c h e r p e n n i g - D u d e r s t a d t be sprach unsere nächsten Aufgaben. Er ermahnte die Kollegen, zusammenzukommen und den letzten Mann für die Organisation zu gewinnen. Kollege A p e l gab den Kassenbericht. Ihm wurde Entlastung erteilt. Der Posten des 1. Vorsitzenden und 1. Kassierers wurde wieder dem Kollegen Philipp A p e l übertragen. In einem Rückblick wertete Kollege A p e l auf die Auswirkungen der unangenehmsten Krisenunterstützung. Viele Ausgesteuerte sind auf die Wohlfahrtspflege angewiesen; Krisenempfänger haben teilweise pro Woche 1,70 M erhalten. Dann ermahnte der Kollege A p e l die Kollegen, sich gewerkschaftlich und akademisch besser zu betätigen weil diese beiden Wirtschaftsfaktoren für uns dringend notwendig sind.

Schweinsberg. Am 1. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Der Kassierer gab den Kassenbericht und erhielt Entlastung. Einstimmig wurde als Vorsitzender Franz K e n g e l, als Kassierer Georg K a n n u wieder gewählt. Die von unserem Bezirksleiter, Kollegen Schleicher - Frankfurt aus Arbeitsamt Marburg gebrachte Eingabe über die Richtsätze zur Bewertung des kleinen Landbesitzes bei Anwendung des § 89a WGB und der Bedürftigkeitsprüfung bei der Krisenunterstützung fand Anerkennung. Sie hat eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand erreicht.

Fosha u. D. Am Sonntag den 1. Februar, wurde unsere Generalversammlung bei gutem Besuch abgehalten. Vorsitzender W ä s c h e r gab auf Wunsch des Kassierers den Kassenbericht und anschließend den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1930 bekannt, welcher allgemein zufriedenstellend angenommen wurde. Kollege D i e t r i c h - R e g e n s b u r g gab eine Rückschau und Ausblick in wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Beziehung. Bei der Vorstandswahl wurden wiedergewählt zum 1. Vorsitzenden Paul W ä s c h e r, zum 1. Kassierer Josef S a t t l e r. Die Aussprache behandelte Verwaltungsarbeit, Hauszinsrenten und Verhandlungen am Arbeitsgericht über Waperrundenzuschläge. Das Jahr 1931 soll uns in enger Verbearbeitung für unseren Verband finden.

Eben, Verwaltungsstelle. Am Sonntag, den 1. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Alle Ortsgruppen waren durch Delegierte vertreten. Kollege D i e t r i c h erläuterte den Jahresbericht. Die augenpolitische Lage und die Weltwirtschaftskrise erzeugen Unzufriedenheit der Völker, die ihre Auswirkung in den Regierungskreisen finden. Auch in Deutschland ist die Lage unbefriedigend. Wenn die erste Notverordnung die Arbeiterklasse sehr enttäuschte, so ist durch die zweite Notverordnung doch wieder ein Ausgleich geschaffen, zumal auch manche Verbesserungen in der Arbeiterversicherung eingetretten sind. Die allgemeine Selbstlosigkeit wirkt sich wieder auf die Wirtschaftslage aus und so sind die Aussichten im Baugewerbe noch sehr trübe. Trotz der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt ist der gewerkschaftliche Erfolg des Jahres 1930 nicht leicht. Dies ist einzig in erster Linie auf die gute Zusammenarbeit der Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und Bundelegierten mit der Verwaltung zurückzuführen. Bei einer Durchschnittszahl von 255 konnte eine Gesamtzunahme von 127 1/2 RM erzielt werden. Wir hatten 40 Neuaufnahmen und 126 Uebertritte zu verzeichnen. Für Aufrechnungen wurden 30 3/4 RM veranschlagt. Im Durchschnitt haben die Mitglieder nur 26 Wochen Arbeitsmöglichkeit gehabt; ein sehr geringer Teil war nicht einmal in der Lage, die Arbeitslosigkeit für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung zu erreichen. Mit Ausnahme

der Fliesenleger, die gezwungen wurden einen Abwehrstreik zu führen, konnten die Löhne für alle Berufe gehalten und tariflich geregelt werden. Wenn auch die tarifliche Lohnzahlung im allgemeinen durchgeführt wurde, so ist dies leider nicht zu sagen in bezug auf die Arbeitszeit. Es ist nicht zu ertragen, daß Tausende von Bauarbeitern arbeitslos sind und ein kleiner Teil glaubt mit der 48-Stundenwoche nicht auszukommen. Wir waren gezwungen, des öfteren die Gewerbeinspektion anzurufen. Auch im Rechtschutz haben wir für unsere Kollegen gute Erfolge erzielt. Allein beim Arbeitsgericht haben wir bei 126 Anträgen in 286 Terminen einen Barerfolg von 13 600 RM, drei Klagen mußten beim Landesarbeitsgericht durchgeführt werden. Soweit Krankentafeln verlusteten, unsere Kollegen um ihre Rechte zu bringen, haben wir beim Versicherungsamt Beschwerde eingelegt. Ebenso konnte unseren Kollegen geholfen werden in Mietstreitigkeiten, Unfall- und Invaliditätsfragen, Steuerfragen und Erwerbslosenfürsorge.

Die Aussichten für das Jahr 1931 sind z. Z. leider unbefriedigend. Nach den Richtlinien für die Vergebung von Hauszinssteuer können wir nur mit einem Drittel dessen rechnen, was im vorigen Jahre verbaut ist. Auch an Großbauten, die im vorigen Jahre noch reichlich in Essen ausgeführt sind, ist die Aussicht nicht gut. Es ist unlogisch, wenn die Reichsregierung im Herbst ein Notprogramm von 200 Millionen herausbringt, um die Not zu lindern, dann aber für das Jahr 1931 400 Millionen weniger bereit stellt. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand geschlossen wiedergewählt.

Friesdorf. Am Sonntag, dem 1. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege S t e i n h a u e r (Bonn) gab einen kurzen Jahresbericht. Wenn auch das Jahr 1930 eines der schlechtesten im Hinblick auf Arbeitsmöglichkeiten war, so hat sich doch die Ortsgruppe Friesdorf als die beste in der Verwaltungsstelle Bonn mit einem Mitgliederbestand von 178 Kollegen gehalten. Der Lohn- und Tarifvertragsablauf Ende März 1931, der noch schwierige Auseinandersetzungen und Verhandlungen verursachen wird, muß uns aerüstet finden. Nach lebhafter Aussprache nahm Kollege Steinhauer die Ehrung der Jubilare vor, die in Treue und Opfermut dem Verbands 25 Jahre angehören. In einer sinnreichen Ansprache schilderte er die Verdienste der alten Pioniere der Gewerkschaft und überreichte den Kollegen Peter Josef K i e g e l und Johann P l ö n n e s die Ehrenurkunden und silbernen Nadeln des Verbandes. Der Kollege Josef H a m a c h e r, der an der Feier durch Krankheit verhindert war, wurde nachmittags besucht und geehrt. Alle drei Jubilare, hocherfreut über diese Ehrung, dankten recht herzlich und versicherten, daß diese Ehrenurkunden den schönsten Platz in ihrem Heim einnehmen sollten und sie alle Kollegen, besonders die jüngeren Mitglieder, darauf hinweisen wollen, damit auch diese zum Wohle der Allgemeinheit, der Arbeiterklasse und der Organisation ihrem Beispiel folgen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Michael S e n s e l e r zum 1. Vorsitzenden, Kollege Hubert K u t h zum Kassierer gewählt.

Hamborn-Neuwahl. Auf Dienstag, den 3. Februar, hatten wir unsere Jahreshauptversammlung einberufen. Eine stattliche Anzahl von Kollegen war erschienen. Nach Erstattung des Geschäftsberichtes für 1930 sprach Kollege Josef P e t e r - D u i s b u r g über die Arbeit unseres Verbandes im Bezirk und Reich. Die Tarifverhandlungen von 1930 brachten trotz des Sturmangriffes der Arbeitgeber die Beibehaltung der bisherigen Löhne und Sozialerengnisse. Leider lag die Bautätigkeit fast völlig still. Sei der heutigen Verbiegung der nationalen Begriffe stellen wir fest: National ist nur der, der auch im Arbeiter seinen deutschen Mitbruder sieht. In dem Aufstieg des deutschen Arbeiterstandes haben die Christlichen Gewerkschaften führend beigetragen. Guten Beifall fand die Mitteilung, daß die Verwaltungsstelle mehrere Nachkurse, unter besonderer Berücksichtigung der ausgebildeten Kollegen fast kostenlos, mit qualifizierten Dozenten aus dem Baufach durchführt. In der Vorstandswahl wurden neben einigen Ergänzungen die alten und wegen ihrer Umsicht beliebten Kollegen Heinrich H e l d und Fritz O s w a l d einstimmig wiedergewählt.

Breslau (Ortsgruppe). War das Jahr 1930 im allgemeinen ein sehr ungünstiges für die Bauarbeiter, so konnten wir trotz ungünstiger Konjunktur im Bereich der Ortsgruppe Breslau eine gute Aufwärtsentwicklung erreichen. 114 Kollegen wurden neu aufgenommen und 117 Kollegen traten aus gegnerischen Verbänden zu uns über. Mit der Mitgliederentwicklung haben auch die Einnahmen gleichen Schritt gehalten. Auch die Fachgruppen der Poliere, Fliesenleger, Postler, Stundateure haben sich weiter gut entwickelt, ebenso die Jugendgruppe. — Das gute Hand-in-Hand-Arbeiten von Vorstand und Vertrauensleuten bietet Gewähr dafür, daß es auch in diesem Jahre weiter vorwärtsgen wird.

In der am 3. Februar stattgefundenen gut besuchten Generalversammlung wurde der Jahres- und Kassenbericht mit Befriedigung angenommen. Das Vertrauen zum Vorstand kam dadurch besonders zum Ausdruck, daß der alte Vorstand wiedergewählt wurde. Ein Vortrag unseres Bezirksleiters, Kollegen L e n n i n g e r, über Tariffragen brachte Aufklärung über die Auswirkungen einer tariflosen Zeit für das Baugewerbe. In der Aussprache kam wiederholt zum Ausdruck, daß jeder Verbandskollege die Pflicht hat, an der weiteren Stärkung unseres Verbandes mitzuarbeiten.

Sulzfeld a. Main. Am 6. Februar sprach in einer Mitgliederversammlung Kollege G r e i b, Würzburg, über das Arbeitslosenproblem und in besonderem über die grundsätzliche Frage: Warum ärztliche und freie Gewerkschaften? Die Aussprache war sehr lebhaft, aber interessant dadurch, daß man sich in klarer und sachlicher Art mit dem Problem beschäftigte. Die Ortsgruppe Sulzfeld besteht seit dem Jahre 1905. Im Jahre 1930 konnten Kollege Georg K e r n w e i n und Michael B ü c h o l d für 25jährige Mitgliedschaft geehrt werden. Die Neuwahl ergab als 1. Vorsitzenden J ä d o r S c h e n k e l, Die Mitgliederzahl ist dank der rührigen Tätigkeit des

Kassierers um 13 Mitglieder gestiegen, was freudig anerkannt wurde. H. G.

Duisburg. Am 6. Februar hielt unsere Ortsgruppe ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Kollege E b e r g schilderte unter dem Stichwort „Rückblick und Ausblick“ die vielseitigen Verbandsarbeiten im verflochtenen Jahre, und unsere Pflichten und Aufgaben in diesem Jahre. Die Notwendigkeit der sachlichen Fortbildung, insbesondere im Eisenbetonbau, wurde besonders betont. Um es nicht bei der Theorie zu belassen, hat die Verwaltung vier Eisenbetonkurse in den Ortsgruppen Stertrabe, Mülheim, Hamborn und Duisburg vorbereitet. Der Stertraber Kurier hat schon Mitte Januar begonnen und wird als geschlossener Kurs im Rahmen der Volkshochschule von einem Fachmann, Stadtoberbauführer Herrn S c h m i d t, Duisburg, geleitet. Die Kurse sollen die Theorie nur knapp behandeln und dem praktischen Teil unter Anlehnung an die Baustellenpraxis in leichtverständlicher Weise dienen. Geeignete Lichtbilder- und Filmvortrage sind sichergestellt. Freireisliche erklärten sich von den Versammlungsteilnehmern gleich 42 Kollegen bereit, an dem Eisenbetonkurs teilzunehmen. Zum Vorsitzenden der Ortsgruppe wurde Kollege Johann S ö l l e r einstimmig wiedergewählt.

Mainz. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 7. Februar statt. Kollege S c h l e i c h e r - F r a n k f u r t hielt einen längeren Vortrag über die Wirtschaftskrise, und gab Aufklärung über die sozialen Gesetze, welche durch die Notverordnung eine Änderung erfahren haben. Als zweiter Redner sprach Herr Stadtrat E i s e n h a n e r in kurzen Worten über die Wirtschaftslage von heute. Redner wünschte, man solle Vorträge wie den des Kollegen Schleicher öfters halten lassen. Bei der lebhaften Diskussion wurde manche Frage durch bereitwillige Aufklärung des Referenten gelöst. Hierauf gab Kollege B a h r den Kassenbericht; derselbe wurde für richtig befunden. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Leitung. Das zeugt von gutem Vertrauen und ist gleichzeitig die beste Anerkennung. Auch ist es ein Vertrauen, daß Kollege Bahr seit 23 Jahren 1 Kassierer der Verwaltungsstelle ist; wir hoffen, daß es 25 Jahre werden. H. M.

Sterbetafel

Im blühenden Alter von 25 Jahren starb am 3. Februar unser Mitglied der Maurer Friedrich Wagner aus Söhre, infolge eines Sportunfalles. Verwaltungsstelle Hildesheim.

Unser alter Jakob Broch ist im Alter von 78 Jahren nach einem arbeitsreichen Leben in die Ewigkeit abgereist. Seit dem 24. Juni 1900 war der Verstorbene unser Verbandsmitglied. Ortsgruppe Dortmund.

Am 2. Februar starb nach langer Krankheit unser langjähriger treuer Kollege Wilhelm Borgmann. Er war lange Jahre als Vorsitzender der Ortsgruppe Ubersloh tätig. Verwaltungsstelle Münster. Ortsgruppe Ubersloh.

Am 7. Februar starb unser treuer Kollege der Maurer Karl Bahmann im Alter von 67 Jahren. Der Verstorbene war 31 Jahre Mitglied unseres Verbandes und jahrelang Hauskassierer. Wir bedauern schmerzlich den Verlust, da der Kollege Bahmann durch sein freundliches und ehrliches Wesen uns allen stets ein lieber Freund war. Verwaltungsstelle Breslau.

Am 17. Februar entschlief nach längerer Krankheit, infolge Lungenerweiterung und Herzlähmung, unser langjähriges, treues Mitglied der Kollege Joseph Krämer im Alter von 65 Jahren. Wir verlieren in ihm einen pflichttreuen Kollegen, der durch sein ruhiges und aufrichtiges Wesen bei allen Kollegen beliebt war. Verwaltungsstelle Hettlingen (Baden).

Am 6. Februar starb unser Kollege Karl Franzen im Alter von 27 Jahren nach längerer Krankheit. Er war uns ein treues Mitglied. Ortsgruppe Misdorf, Verwaltungsstelle Aachen. Ehre ihrem Andenken!

Sozialarbeit im Berufsleben

Große Lager in La Keller, echte Real-Holzwaren. Wegen Raumbeschränkung ist es mir nicht möglich, für alle Artikel Preise anzugeben, deshalb fordern Sie vor Antragserteilung, wölle am liebsten meine Preisliste ab. In Orten, wo nicht vertreten, Versand ab Bielefeld, Bonis Mosberg, Bielefeld 3, Breite Straße 44.

Radikaler Preisabbau!

Andere reden, wir beweisen durch unsere neuen Katalog, ausdauernd, haltbar, preiswert.

Jugend-Gewerkschaft Kassel 51

Wepa
Fabrik f. Arbeitsanlege
Kasseler Straße 7
Spez. Blau-Maschinen
besonders Maurer und
Mauerer-Arztze
Willelm Fahr, Berlin
N 31, Brunnenstraße 7.

Nichtraucher
Auskunft kostenlos:
Saulius-Kopel,
Halle a. S. 24 11

Roman Grealich
Beitragsarbeiten
BERLIN NO 43
Gollnowstraße 12